



## **Protokoll**

### **5. Sitzung des Gemeinderates Montag, 25. September 2006, 19:00 Uhr, Gemeinderatssaal**

#### **TRAKTANDEN**

- 1 Mitteilungen
- 2 Interpellation Nr. 504 der Ratsmitglieder Balthasar Thalmann und Marc Meyer zu Strassenbauvorhaben in Uster
- 3 Ergänzungsbericht des Stadtrates zum Postulat Nr. 569 von Werner Egli betreffend Sponsoringkonzept für die Stadt Uster
- 4 Antrag des Stadtrates betreffend Sportzentrum Buchholz Fussball- und Leichtathletikstadion; Kreditbewilligung für einen Kunstrasen (Antrag Nr. 12)
- 5 Antrag des Stadtrates betreffend Areal Brandstrasse; Genehmigung Kaufvertrag zwischen der Stadt Uster und drei Ustermer Baugenossenschaften (Antrag Nr. 25)
- 6 Antrag der Primarschulpflege betreffend Kreditgenehmigung von CHF 1'332'303 (inkl. MWSt.) für ein Informatikkonzept in der Primarschule (Antrag Nr. 27)
- 7 Antrag der Primarschulpflege betreffend Stellenschaffung Systemadministration (150 %) an der Primarschule Uster (Antrag Nr. 28)

## **Präsenz**

Vorsitz	Harry Kohler, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	31 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Heinz Wolfensberger, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Robert Alge Ernst Fahrni Tobias Deininger Stefan Feldmann Marc Meyer
Unentschuldigt:	
Verspätet:	Barbara Thalmann Stammbach (ab Traktandum 4)
Presse	Christian Brändli, AvU Bettina Sticher, AvU/ZO Walter Sturzenegger, TA Frank von Niederhäusern, SDA
Gast	Horlacher, ASA (Fachmann zum Thema Kunstrassen)

Der Präsident begrüsst Herrn Horlacher und die Zuschauer auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

## **Änderung Traktandenliste/Tagesordnung**

Die Traktanden 6 und 7 betreffend die Primarschule werden zusammen beraten und danach einzeln abgestimmt.

## **Protokollgenehmigung**

Das Protokoll der 4. Sitzung des Gemeinderates vom 4. September 2006 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 66 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

**Persönliche Erklärungen:**

Keine.

**Fraktionserklärung(en):**

Keine.

**1 Mitteilungen**

In der Aktenaufgabe liegen auf:

- Beschluss der Primarschule vom 7. September 2006 betreffend Sonderpädagogische Leitung, zweijähriger Versuch: Neufestlegung der Besoldungsklasse
- Beschluss der Sozialbehörde vom 12. September 2006 betreffend Genehmigung Leistungsauftrag 2007 – 2010 und Globalbudget 2007, Geschäftsfeld Sozialhilfe
- Protokoll-Auszug des Stadtrates, Sitzung vom 5. September 2006, betreffend Wahlbüro, Yvonne Thür, Uster, Wahlbüromitglied, Entlassung aus dem Wahlbüro
- Broschüre UNICEF vom September 2006
- Zeitschrift Persönlich vom September 2006
- Broschüre von „Schweiz bewegt“
- Broschüre „auf dem Weg zur rauchfreien Schule“
- Zeitschrift Revue vom August/September 2006

## **2 Interpellation Nr. 504 der Ratsmitglieder Balthasar Thalmann und Marc Meyer zu Strassenbauvorhaben in Uster**

Balthasar Thalmann begründet als Erstunterzeichner die Interpellation.

*Herr Präsident,*

*Geschätzte Anwesende*

*Seit 10 Tagen, d.h. seit dem Greifenseelauf frage ich mich, ob wir die Interpellation zu Strassenbauvorhaben in Uster nicht noch um einen Punkt ergänzen müssen: ich bin wahrscheinlich kaum der einzige im Saal, der sich zwischen km 17 und 19 eine weniger zermürende Streckenführung gewünscht hätte, der Blinddarm in Riedikon war hart. Zugegeben, dies würde zwar moralisch etwas bringen – der Muskelkater käme dennoch.*

*Wenn wir über Strassenbauvorhaben in Uster reden, so müssen wir Energie für einen vollen Marathon und nicht nur für einen Halbmarathon bereitstellen. Mit einem enormen Effort der Fachleute und der politischen Verantwortungsträger konnten in den letzten Jahren einiges bezüglich Verkehrsplanung in Uster erreicht werden, was nicht zuletzt auch Voraussetzung für den erlebten Quantensprung in Sachen städtebaulicher Qualität gewesen war.*

*Es ist wichtig, dass wir den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen und Uster nicht zu einer Strassenstadt à la 1960-er Jahren verkommen lassen. Das bedingt aber auch, dass wir uns den Herausforderungen stellen; dies ist aufgrund der verschiedenen Planungen auf kantonaler Ebene bereits jetzt nötig.*

*Zur Oberlandautobahn: Seit das Bauprojekt zur Oberlandautobahn öffentlich aufgelegt ist, wissen wir, was konkret geplant ist und welche Auswirkungen für Uster zu erwarten sind. Ich persönlich bin darüber ziemlich enttäuscht und betrachte das Vorhaben sehr kritisch. Gemäss dem aufgelegten Projekt ist als verkehrlich flankierende Massnahme eine Unterführung bei der Aathalstrasse geplant, was dazu führt, dass mit einer Oberlandautobahn im Stadtzentrum mit einer Verkehrszunahme um 20% zu rechnen wäre. Eine noch grössere Zunahme wäre in Wermatswil zu erwarten, da vorgesehen ist, den Verkehr von Hinwil über die Oberlandautobahn via Wermatswil nach Pfäffikon zu leiten. Ich zweifle daran, dass die Wermatswiler gewillt sind, zu einem Verkehrsdorf zu verkommen. Liegt das wirklich in unserem Interesse, oder wären nicht noch Korrekturen angebracht?*

*Mehr als unklar sind auch die Handlungsspielräume bei der Zentral-/Talacker-/Riedikerstrasse. Im vorliegenden Oberlandautobahnprojekt ist diese Achse als Zubringer vorgesehen; im regierungsrätlichen Vorschlag zum kant. Verkehrsrichtplan ist sie im Zusammenhang mit dem Bau der*

*neuen Moosackerstrasse abzuklassieren. Letztlich ich auch eine Sanierung im 2007 vorgesehen. Zugegeben, die Situation ist etwas komplex und die Informationen nicht transparent. Aber ist jemandem im Saal klar, welche Funktion die Zentralstrasse in Zukunft im Verkehrsnetz übernehmen und wie diese Achse gestaltet werden soll? Es ist mehr als dringend nötig, dass in diesem Zusammenhang das städtebauliche Potenzial und die verkehrlichen Massnahmen näher untersucht werden sollen. Ich bin auch überzeugt, dass wir damit gegenüber den kantonalen Behörden auch ein klares Zeichen setzen können, welches gehört wird.*

*Ein dritter Brennpunkt auf der Ustermer Strassenbaukarte ist die Brunnenstrasse. Bis jetzt wurde uns erklärt, dass die Handlungsspielräume auf dieser Achse sehr eingeschränkt seien, da die Brunnenstrasse gemäss kantonalem Verkehrsrichtplan eine Staatsstrasse von kantonaler Bedeutung sei. Es ist jedoch absehbar, dass dies in naher Zukunft ändern wird. Der Regierungsrat hat mit dem revidierten Verkehrsrichtplan dem Kantonsrat beantragt, die Brunnenstrasse und Pfäffikerstrasse nicht mehr als Hauptverkehrsstrasse zu klassieren. Fast gleichzeitig hat das kantonale Tiefbauamt im Rahmen der Radwegstrategie herausgefunden, dass auf der Brunnenstrasse betreffend Sicherheit der Velofahrer dringender Handlungsbedarf besteht. Zwischen Bahnübergang und Feldhofstrasse sollen deshalb Fr. 2 Mio. investiert werden.*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt, dass sich aufgrund dieser Planungen Chancen für Uster entstehen, die wir keinesfalls verspielen dürfen. Es geht nicht nur um die verkehrliche Abwicklung sondern auch um die Gestaltung des öffentlichen Raums – auch mitten im Zentrum unserer Stadt. So emotionsgeladen das Thema Verkehrspolitik auch immer sein mag – es ist unsere Pflicht, den Sachverhalt genau zu studieren und das Beste für die Stadt Uster zu machen. Dazu braucht es transparente Informationen und einen breiten Dialog. Ich möchte es nicht unterlassen, dass der Aufschwung von Uster der vergangenen Jahren massgeblich auf die Umgestaltung der unwirtschaftlichen Strassenwüsten zu attraktiveren Räumen zurückgeführt werden kann. Diesen Weg müssen wir auch in Zukunft gehen. Ich bitte sie daher, die Interpellation zu Strassenbauvorhaben in Uster zu unterstützen.*

*Balthasar Thalmann*

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst mit**

**18 Stimmen**

**die Interpellation Nr. 504 zu unterstützen und an den Stadtrat zu überweisen.**

Der Abteilungsleiter Bau, Stadtrat Thomas Kübler erklärt, dass die Beantwortung der Interpellation schriftlich erfolgen wird.

**Gemäss Art. 49 Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist der Stadtrat gehalten, sofort mündlich oder innert 3 Monaten – bis 27. Dezember 2006 – schriftlich die verlangte Auskunft zu geben oder unter Angabe von Gründen eine Antwort zur Zeit oder überhaupt abzulehnen.**

### **3 Ergänzungsbericht des Stadtrates zum Postulat Nr. 569 des Ratsmitgliedes Werner Egli betreffend Sponsoringkonzept für die Stadt Uster**

Werner Egli erhält als Postulant das Wort:

*Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren*

*In seiner Postulatsantwort vom 7.2.2006 erwähnte der Stadtrat, dass die Exekutive am 12.7.2005 „Richtlinien betreffend Sponsoring für die Stadt Uster“ erlassen habe. Weiter erwähnte der Stadtrat, dass „unbedingt ein ganzheitliches Sponsoringkonzept auszuarbeiten sei“. Dieses liege bis Juni 2006 vor.*

*Dafür werde in einem ersten Schritt der Ist-Zustand punkto bereits bestehenden oder geplanten Sponsoring-Aktivitäten bei allen Abteilungen im Detail erfasst. In einem weiteren Schritt sei zu eruieren, wie die Abteilungen die Massnahmen umsetzen wollten, Dazu müsse auch die Wirtschaftsförderung der Stadt angerufen und um Mitwirkung gebeten werden. Parallel zum angestrebten Gesamtkonzept werde als sogenanntes Teilprojekt die Vermarktung der Sportanlagen vorangetrieben.*

*Diese Antworten konnten mich damals bezüglich Inhalt und Aussagen nicht befriedigen. Deshalb hat der Rat im März 2006 auf meinen Antrag hin den Stadtrat beauftragt, einen Ergänzungsbericht zu erstellen. Dieser Ergänzungsbericht solle konkretere Antworten oder Resultate zu den vorgenannten Schritten in den Abteilungen, zu einer Terminplanung und zu Erfahrungen bezüglich Sponsoring bei anderen Gemeinden, welche dies bereits aktiv betreiben, beinhalten.*

*In der nun vorliegenden Antwort wird weder auf eine Abbildung des aktuellen Angebots in den Abteilungen noch auf einen Massnahmenplan und auch nicht auf eine Terminplanung oder Erfahrungen Dritter eingegangen. Wo ist zudem der Input der Wirtschaftsförderungsstelle der Stadt Uster, welche in der Postulatsantwort vom Februar 2006 noch einbezogen werden wollte?*

*Dafür wird nun von „zwei neuen Wegen“ berichtet, die der Stadtrat eingegangen sei: Es ist dies die Einholung 1. externer und 2. professioneller (und vermutlich 3. kostenintensiver) Unterstützung. Es wird nun im Ergänzungsbericht ein „gesamstädtisches Sponsoringkonzept“ vorgestellt oder zumindest erwähnt, welches dem Gemeinderat und auch dem Postulant jedoch bis heute nicht vorliegt. Wo ist dieses „wissenswerte“ Sponsoringkonzept, welches von der Zürcher Hochschule Winterthur begleitet worden ist? In der Aktenaufgabe liegt lediglich eine Broschüre oder ein Foliensatz mit dem Titel „Sponsoring der Stadt Uster“ auf. Darin wird jedoch, von der Basis her aufbauend, versucht zu erklären, was Marketing ist und wie der Begriff „Sponsoring“ zu definieren sei. Eine Broschüre, die sicher in der Praxis keine Verwendung finden wird zumal wesentliche Merkmale oder eben ein Konzept fehlen. Es ist nicht einmal ein Erstellungsdatum auf dieser Broschüre zu finden.*

*Man hat sich nun scheinbar darauf festgelegt, dass der Begriff „Soziosponsoring“ im Vordergrund stehen soll. In ihrer Diplomarbeit schreibt Alexandra Roth (welche Arbeit zum Teilprojekt Sponsoring im Geschäftsfeld Sport erstellt worden ist) dass beim Soziosponsoring das soziale Engagement im Vordergrund stehen müsse. Somit ist zu erahnen, dass in der Stadt Uster resp. auf städtischem Grund keine anderen Sponsoringformen eingesetzt werden (Anmerkung: „Wieso ist mir schleierhaft.“), sondern dass dafür städtische Aktivitäten unerstützt werden sollen. Eine Unternehmung solle sich dabei für „gesellschaftspolitische Verpflichtungen“ engagieren. „Gesellschaftliche Verpflichtungen“ – die haben wir alle jeden Tag zu erfüllen. Erklären Sie das mal einem potentiellen Sponsoren näher und motivieren Sie ihn dann noch für einen Beitrag im Rahmen von städtischen Aktivitäten!*

*Nachdem der Stadtrat in seinem Ergänzungsbericht die gewünschten Antworten nicht erteilt, respektive ganz andere Teilthemenkreise anspricht, sind die Bedürfnisse und Anforderungen an diesen Bericht nicht erfüllt. Der Ergänzungsbericht ist deshalb abzulehnen.*

*Mit der Aussage bezüglich dem Teilprojekt „Sportkonzept“, das die Zeitplanung von verschiedenen nicht beeinflussbaren und auch noch äusseren Faktoren abhängt und dass über erste Abschlüsse*

*keine Angaben gemacht werden können, zeigt deutlich auf, dass nach dem in grossem Stile vollzogenen Workshop „Sponsoring in der Stadt Uster“ vom Januar 2002, den Richtlinien vom Juli 2005, der vorliegenden „sogenannten“ Broschüre mit unbekanntem Datum und einem weiteren Workshop vom Juni 2006 (ohne erkennbare Zielvereinbarung) wohl noch viele Hektoliter Wasser den Aabach abfliessen müssen, bis wir erste Einnahmen aus irgendeinem Sponsoring erwarten dürfen resp. bis wir wissen, ob und wie und wann Sponsoring in dieser Stadt Uster ein konkretes Thema sein wird.*

*Meine Damen und Herren: „Ich bin ziemlich enttäuscht...“*

Claudia Geisenberger ergreift namens der SP-Fraktion das Wort:

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren*

*Wie von der SP-Fraktion bereits erwartet, ist dem Ergänzungsbericht zum Sponsoringkonzept zu entnehmen, dass Sponsorengelder nicht einfach zu rekrutieren sind. Es ist schlicht und einfach nicht viel zu holen.*

*Wichtig scheint der Gedanke, dass es durch Sozio-Sponsoring nicht um die Finanzierung laufender Budgets geht, sondern um eine Förderung von neuen Einzelprojekten. Der entstandene „UsterSportPass“ ist eine gute Idee und entspricht einem Bedürfnis. Wir hoffen, dass sich mögliche Sponsoringpartner dafür finden lassen werden.*

*Weiterhin ist es von Bedeutung, dass Ustermers Sportvereine nicht den Eindruck bekommen, dass ihnen die Stadt Uster, von ihnen selbst erreichte Sponsorengelder, streitig machen will. Dies ist auch mit den anderen Geschäften des Gemeinderates, die Sport betreffen und abgelehnt oder in Diskussion sind, im Zusammenhang zu sehen. Die Sportvereine dürfen nicht den Eindruck erhalten, dass die Stadt Uster gegen sie arbeitet, sondern sich für neue Unterstützungsmassnahmen und finanzielle Möglichkeiten einsetzt.*

*Sehr froh sind wir über die Tatsache, dass der Stadtrat nicht durch beispielsweise Werbetafeln auf unseren Kreiseln versucht, Gelder zu beschaffen. Wobei festzuhalten ist, dass es sich dabei um Reklame und nicht um Sponsoring handelt. Ein nicht ausser Acht zu lassender Unterschied.*

*Der vorliegende Bericht entspricht unseren Erwartungen, weshalb wir das Postulat als erledigt erachten.*

René Biber ergreift das Wort für die FDP-/CVP-Fraktion und erläutert, dass auch seine Fraktion nicht zufrieden sei mit dem Ergänzungsbericht. Zum Sportpass: das wurden nur gerade mal die Kosten gedeckt, mehr nicht. Zugegeben, die Aufgabe, Geld zu beschaffen, ist nicht einfach, aber nicht unmöglich. Aber der aufgezeigte Weg sei nicht richtig, die Probleme so nicht lösbar. Auch die FDP-/CVP-Fraktion ist enttäuscht und lehnt den Ergänzungsbericht ab.

Für die Grünen meldet sich Thomas Wüthrich zu Wort:

*Sind die Hoffnungen in das vorliegende Sponsoringkonzept berechtigt? Auf theoretischer und konzeptioneller Ebene wurden gründliche Vorarbeiten geleistet. Die Grünen können die Stossrichtung des Sponsoringkonzepts unterstützen.*

*Was aber konzeptionell den Anspruch auf etwas Grösseres hatte, hat im ersten Anlauf leider nur eine Maus geboren.*

*Ich befürchte der 1. UsterSportPass Spass kann die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen und ist auch kein geeignetes Übungsfeld, um das Sponsoringkonzept zu validieren und zu optimieren.*

*Erstens ist das damit verbundene Angebot einseitig. Es beruht vor allem auf den Badestätten der Stadt. Wer also nicht gerne badet, hat nichts davon. Das können auch die Bhaltis in Form von Trinkflaschen und Schlüsselanhängern nicht wettmachen. Das ist für mich kein Mehrwert, wie ihn das Konzept des Sportpasses uns glauben machen will.*

*Störender dünkt mich aber die Tatsache, dass mit diesem ersten Sportpass ein zentrales Ziel des Geschäftsfeldes Sport – die Ustermer Bevölkerung zu mehr Bewegung zu animieren – nicht erfüllt. Denn ein Eintritt in ein städtisches Bad heisst nicht unbedingt, dass jemand sich mehr bewegt. Meist ist genau das Gegenteil der Fall. Der Gang an den Kiosk ist einzige körperliche Betätigung. Und dort sind ja nicht Äpfel und Birnen sondern Glacé und Pommes die Renner.*

*Und aufgrund der Einseitigkeit des Angebots, zweifle ich an der Attraktivität des Sportpasses für die Sponsoren. Aber da lasse ich mich noch so gern vom Gegenteil überzeugen. Denn gemäss Zeitplan ist die erste Periode der Sponsorensuche demnächst abgelaufen. Das man in Bezug auf den möglichen Ertrag aus dem Sponsoring vorsichtiger geworden ist zeigen ja auch die Zahlen: Von 100'000.- im Voranschlag sollen nächstes Jahr wenigstens 50'000.- erreicht werden.*

*Unglücklich finden wir Grünen auch die Preise für das Familienabo: Selbstverständlich schätzen wir eine Verbilligung des Angebot für Familien; doch wenn dies damit erkauf werden muss, dass der ganze Betrag auf einmal bezahlt werden muss, der sich sonst auf mehrere Monate verteilt, dann können wohl gerade jene, für die die Verbilligung gedacht war, nicht davon profitieren. Ich bitte darum zu prüfen, ob eine Ratenzahlung für finanziell schlecht gestellt Familien nicht machbar ist.*

*Auch wenn hier also leise Kritik geäussert wird, möchte ich noch einmal betonen, dass wir die Stossrichtung des Konzepts sehr begrüssen und uns ebenfalls eine erfolgreiche Umsetzung des Konzepts als Ganzes wünschen.*

*Abschliessend eine Frage: Welche Resultate zeitigte die erste Periode der Sponsorensuche? Ist man da auf Kurs?*

Rolf Denzler äussert eine Verständnisfrage: wo liegt das „Gesamtschweizerische Sponsoringkonzept“ denn auf? Stadträtin Esther Rickenbacher: Diese sollten in der Aktenaufgabe sein, es ist damit das Sponsoringkonzept für Uster gemeint.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat lehnt**

**mit 17 Stimmen**

**den Ergänzungsbericht des Stadtrates zum Postulat Nr. 569 ab. Das Postulat ist erledigt.**

#### **4 Antrag des Stadtrates betreffend Sportzentrum Buchholz Fussball- und Leichtathletikstadion; Kunstrasen Kreditbewilligung (Antrag Nr. 12 )**

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert Reto Dettli.

*Herr Präsident, meine Damen und Herren*

*Als Referent der Kommission Bildung und Kultur unterbreite ich Ihnen den Antrag der Kommission zur Kreditbewilligung Kunstrasen Sportzentrum Buchholz (Antrag Nr. 12).*

*Die Kommission Bildung und Kultur hat sich an zwei Sitzungen eingehend Zeit zur Diskussion dieses Geschäftes genommen und auch die Meinungen der Fraktionen eingeholt.*

##### **Zum Antrag:**

*Der Stadtrat unterbreitet dem Gemeinderat einen Antrag zur Kreditbewilligung eines Kunstrasens im bestehenden Leichtathletikstadion mit Kosten von rund 1.8 Mio. Fr.*

*In diesem Antrag wird als ebenfalls geprüfte Variante ein Kunstrasenfeld ausserhalb des Stadions aufgeführt, welches aber zu gesamthaften Kosten von rund 5 Mio. Fr. führen wird, wovon 3.2 Mio. für den eigentlichen Platz, 0.8 Mio. Fr. für die Sanierung des bestehenden Rasenfeldes im Stadion und rund 1 Mio. Fr. für die durch den Ausbau bedingten zusätzlichen Parkplätze.*

*Aufgrund einer Gesamtbetrachtung der Situation, welche Kosten, Wirtschaftlichkeit und Auflagen für Parkplätze berücksichtigt, favorisiert der Stadtrat die Variante mit einem Kunstrasen innerhalb des bestehenden Stadions.*

##### **Zur Beratung in der Kommission:**

*Als erstes wurde das Bedürfnis nach einem Kunstrasen thematisiert. Die Verwaltung hat die Bedürfnisse des FC Uster, des TV Uster und des LC Uster aufgenommen und analysiert. Der FC will mit ca. 7 Leistungsmannschaften auf Kunstrasen trainieren. Der Kunstrasen würde vor allem zur kalten und nassen Jahreszeit einen ständigen Trainings- und Spielbetrieb erlauben, was auf dem herkömmlichen Rasen nicht möglich ist. Der Kunstrasen würde 1-2 zusätzliche Mannschaften zulassen. Diese Aussage steht nicht im Widerspruch zum Interview des Präsidenten von letzter Woche im AVU, fraglich ist lediglich ob für diese zusätzlichen Mannschaften auch Trainerpersonal gefunden würde. Bedenken äussern die Leichtathletik Sportvereine, welche Trainingsrestriktionen durch die gleichzeitige Nutzung für Fussball und Leichtathletik fürchten und davon ausgehen, dass Wettkämpfe mit Speerwurf nicht mehr zugelassen wären.*

*Nach Aussagen der Verwaltung lassen sich die Fragen zum Trainingsablauf durch eine geschickte Organisation klären. Und zu den Bedenken um die Speertauglichkeit des Stadions ist auszuführen, dass eine ähnliche Anlage mit Kunstrasen in Tesserete vom Schweizerischen Leichtathletikverband für Wettkämpfe homologiert wurde und der Hersteller versichert, dass 2-3 mal pro Jahr Wettkämpfe mit Speerwurf ohne Schäden am Kunstrasen möglich sind.*

*Zur Frage des Speerwurfes hat die Stadtverwaltung einen Wurfetest auf Kunstrasen mit einem Speer mit Gummikappe, sogenannten Hallenspeeren, durchführen lassen. Einzelne Kommissionsmitglieder haben daran teilgenommen, der Test ist positiv verlaufen. Auch ein fleissiges Training ist mit geschützten Speeren auf dem Kunstrasen möglich.*

*Die Kommission würdigt die Bedenken der Leichtathletik Sportvereine, erachtet jedoch eine Innenvariante als sportlich verträgliche Variante. Die Kommission ist jedoch klar der Meinung, dass die Sportvereine in Uster eine wichtige Arbeit - nicht zuletzt mit den Jugendlichen - leisten. Der Mehrwert durch einen zusätzlichen Platz wäre mit einem Kunstrasenfeld ausserhalb des Stadions, entsprechend der Variante 2 des Stadtrates, deutlich grösser. Ob die Kosten wirklich bei ca. 5 Mio. Fr. zu liegen kämen wurde deshalb eingehend diskutiert. Beim Kostenvoranschlag von 3.2 Mio. Fr. bei der Aussenvariante wurde möglicherweise etwas grosszügig konzipiert, die Anlage ist für 1. Liga - Spiele tauglich, was mit Mehrkosten verbunden ist. Die Abklärungen in der Kommission haben ergeben, dass ein 2. - Liga matchtaugliches Feld für etwa 2.6 bis 2.7 Mio. Fr. realisierbar erscheint. Dazu müssten auf eine spezielle Bewässerungsanlage, Stehrampe für ZuschauerInnen und Anderes verzichtet werden.*

*Diskutiert wurde auch der zweite wichtige Posten in der Vergleichsvariante des Stadtrates, nämlich die Aufwendungen von rund 1. Mio. Fr. für die Parkplätze. Die Krux bei den Parkplätzen ist, dass erstens die Stadt selbst die Einhaltung der städtischen Parkplatzverordnung zu prüfen hat, aber der Kanton im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung für die Anlage ebenfalls ein Wort mitzureden hat. Auf der Anlage müssen mit der vorliegende ÖV-Erschliessungsqualität 70%-100% der aufgrund von Richtlinien berechneten Anzahl Normparkplätze erstellt werden. Die Stadt stellt sich aufgrund von Gutachten auf den Standpunkt, dass 80.0% eine übliche und sinnvolle Grösse darstellt und weitere Parkplätze zu bauen sind. Bei den heutigen Nutzungen auf dem Areal sind bei 80.0% des Normbedarfs 555 Parkplätze nötig. Es bestehen heute jedoch bereits 561 Parkplätze. Warum trotzdem zusätzliche Parkplätze zu bauen sind, konnte meiner Meinung nach nicht schlüssig dargelegt werden. Abschliessend kann man festhalten, dass die Kommission zum Thema Parkplatzbedarf diskutiert, aber keinen Beschluss gefasst hat.*

*Ich komme jetzt zum **Antrag der Kommission**. Die Kommission der KBK ist sich einig, dass mit einem Kunstrasenfeld ausserhalb des Leichtathletikstadions ein grosser Mehrnutzen zu einem vertretbaren Mehrpreis erhältlich ist.*

*Sie beantragt dem Gemeinderat mit 8 : 0 Stimmen Rückweisung der Vorlage mit dem Auftrag, einen neuen kostengünstigeren Antrag zu berechnen für ein Kunstrasen-Aussenfeld, welches matchtauglich (ca. 2. Liga) ist. Das Konzept soll dahingehend überprüft werden, dass der bisherige Aussenplatz allenfalls weiterhin genutzt werden kann.*

*Für die Kommission Bildung und Kultur  
Reto Dettli*

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert Rolf Graf-Ganz.

*Auch die RPK hat diesen Antrag in zwei Sitzungen beraten. Natürlich wussten wir bereits vor der ersten Sitzung, dass die vorberatende Sachkommission noch keine Entscheidung gefällt hatte. Dennoch wollte die RPK die Zeit nutzen, um Fragen aufzunehmen, nicht dass nach Abschluss der KBK-Beratung nochmals Zeit verloren gehen würde. Wie üblich informierten die KBK-Mitglieder über den Stand der Beratung in der Sachkommission. Natürlich irritierte die neue Variante auch die RPK und es brauchte einige Zeit, bis klar wurde, was eigentlich unklar war...rep. was Unbehagen hervorrief. Mit der Variante „Aussen“ hätten wir plötzlich zwei gleichwertige 1.Liga-taugliche Spielfelder, was der Rat mit seiner Rückweisung sicherlich nicht wollte und auch der treueste FC Uster-Fan sicherlich nicht für erforderlich haltet.*

*Wir haben die Fragen aufgenommen und der zuständigen Stadträtin zur Beratung zugestellt. So dass wie in der zweiten RPK-Sitzung die im Vorfeld schriftlich zugestellten Antworten beraten konnten.*

*Ich gehe kurz auf unsere Fragen und die erhaltenen Antworten ein:*

*Die erste Frage betraf die Parkplätze. In der RPK wurde die These aufgestellt, dass es eigentlich gar keine gesetzliche Grundlage für eine bestimmte Anzahl Parkplätze gibt. In der Antwort werden denn auch auf VSS-Normen, kantonale Wegleitungen und die kommunale Parkplatzverordnung verwiesen.*

*Die zweite Frage betraf den Kostenvergleich. In der Beratung zeigte sich, dass es aufgrund des Antrages gar nicht so einfach war herauszufinden, was eigentlich die vom Rat gewünschte Lösung kosten würde. So sind in der Variante Stadion auch Kosten für die Sanierung der Beleuchtung enthalten, oder auf der anderen Seite in der Variante ausserhalb Stadion Kosten für Vorleistungen für einen späteren Weiterausbau. Im Sinne vom HB Zürich, wo beim Bau der S-Bahnhöfe die Sihltiefstrasse gleich mitgebaut worden soll.*

*In der Antwort wurden die Vorleistungen mit CHF 130'000 für Zugangswege und Gestaltung und CHF 230'000 für Werkleitungsumlegungen angegeben. Wobei dann in der Beratung in der RPK seitens Abteilung Unsicherheit bestand, ob auf diese Investitionen wirklich verzichtet werden könnte, wenn nach dem Kunstrasenfeld gar kein Weiterausbau der Sportanlage mehr geplant wäre.*

*Im Nachgang zur RPK-Sitzung wurde dann per Mail mitgeteilt, dass die Antwort so nicht stimmen würde, und auf diese Kosten nicht verzichtet werden könne.*

*Auf die Frage, was denn lediglich ein Trainingsplatz kosten würde, davon ausgehend, dass die Meisterschaftsspiele im sanierten Stadion stattfinden würden, erhielten wir die Antwort, dass die Kosten dafür ca. 2,4 Mio. betragen würden, gleichzeitig wurde aber darauf hingewiesen, dass ein Trainingsplatz auf Kunstrasen nichts nützen würde, da dann bei schlechtem Wetter die Meisterschaftsspiele dennoch abgesagt werden müssten.*

*Mit der dritten Frage erkundigten wir uns nach Eigenleistungen der Vereine, davon ausgehend, dass zum einen die Identifikation der Vereine grösser würde, auf der anderen Seite dies auch in einem allfälligen Abstimmungskampf positiv gewürdigt werden könnte.*

*Darauf erhielten wir die Antwort, dass keine Eigenleistungen geplant seien, da nur Facharbeiten zu vergeben seien. Wenn aber der Wunsch tatsächlich vorhanden sei, würden entsprechende Gespräche geführt. Die RPK erklärte, dass nicht Eigenleistungen im eigentlichen Sinn erwartet würden, aber zumindest einen Sponsorenlauf oder so, wie dies viele andere Kinder und Vereine ja auch machen, wäre durchaus möglich.*

*In der Folge wurde noch intensiv kreuz und quer diskutiert. Unter anderem darüber, ob allenfalls der neue Antrag eine Variantenabstimmung im Parlament zulassen würde, so dass nach Vorliegen der überarbeiteten Berechnung „Aussen“ dennoch die Variante „Stadion“ gewählt werden könnte. Diese Frage blieb in der RPK offen.*

*Unbesehen davon wies am Schluss der zweiten Sitzung auch die RPK den Antrag „im Sinne der KBK“ ergänzt um die Eigenleistungen mit 7 : 1 zurück. Die Gegenstimme hielt den Antrag des Stadtrates auch im Hinblick auf die Kosten als vernünftig.*

Für die Grünen referiert Simone Michel.

*Die Grünen haben den Antrag des Stadtrates eingehend diskutiert und geprüft und sind zur Überzeugung gekommen, die Vorlage wie sie uns heute vorliegt zurückzuweisen. Kurz vorweggenommen, wir wollen eine abgespeckte und ökologisch optimierte Variante 2 aus folgenden Gründen:*

*An den BenutzerInnen vorbeigeplant!*

*In der Weisung wird dargelegt, dass bezüglich Tauglichkeit des Kunstrasens für Wurfdisziplinen beim Bundesamt für Sport Abklärungen vorgenommen wurden, aber über das Resultat dieser Abklärungen ist nichts zu erfahren. Da sind die Abklärungen des LC Uster doch glaubwürdiger. Resultat: Der SLV homologiert Kunstrasen für die Wurfdisziplinen nicht! Die Ustermer Anlage bliebe bestenfalls B-klassig. Das kann nicht wirklich der Ernst des Stadtrates sein, Uster einerseits gross als Sportstadt zu propagieren, andererseits aber nur eine zwei- oder gar drittklassige Anlage zu realisieren! Also kommt nur eine Sanierung des Naturrasen-Feld im Stadion in Frage.*

*Zentrales Anliegen des FC Uster ist ein Allwetter-Trainingsplatz, der ausserhalb des Stadions entstehen soll. Hier sind wir aber nicht für eine Luxusvariante zu haben, sondern es soll unseres Erachtens auf die die zusätzlichen Ausbauten wie Zuschauerrampe und zusätzliche PP kann und muss verzichtet werden.*

*Wenn dann Spiele des schlechten Terrains wegen abgesagt werden müssen, ist das nicht weiter tragisch. Das passiert auch in der Nationalliga A. Es hat schon 561 Parkplätze, das ist unserer Meinung nach genug! In der festen Überzeugung, dass die SportlerInnen zu mehr ÖV-Nutzung und / oder Fuss- und Veloverkehr angehalten werden sollen.*

*Aus all den vorgenannten Gründen lehnen die Grünen den vorliegenden Antrag des Stadtrates ab und beantragen Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat zur*

*Überarbeitung. Die neue Vorlage soll einen Kunstrasen-Trainingsplatz mit optimierter Flutlichtanlage, d.h. Energie sparend und lichtsmogarm, zum Inhalt haben. Auf weitere bauliche Massnahmen wie Zuschauer-Rampen und zusätzliche Parkplätze ist zu verzichten. Diese ökologische Optimierung der Flutlichtanlage wurde im Bericht nicht speziell erwähnt, soll aber unbedingt ins Projekt einfließen.  
Besten Dank*

Für die EVP-/GLP-Fraktion referiert Walter Meier:

*Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen*

*Die EVP/GLP-Fraktion nimmt zur Vorlage wie folgt Stellung:*

- 1. Zuerst danken wir Hr. Crestani, Hr. Brassel und Frau Rickenbacher für ihren grossen Einsatz für dieses Geschäft. Die Besichtigung in Dietikon hat uns gezeigt, dass moderne Kunstrasen tatsächlich eine gute Alternative für Schlecht-Wetterphasen sind. Kunstrasen wird von den Fussballern geschätzt.*
- 2. Die Stadt Uster nennt sich Sportstadt. Mit dem Antrag des Stadtrates fragen wir uns aber, ob der Stadtrat dies immer noch ernst meint. Wir meinen, dass die Variante 2 die zukunfrächtigere Lösung ist, auch wenn sie teurer ist. Wird nämlich der Kunstrasenplatz zwischen Hallenbad und Pfäffikerstrasse erstellt, ist der Mehrwert für die Ustermer Vereine grösser als wenn er im Stadion erstellt wird. In Dietikon haben wir erfahren, dass der FC sehr glücklich darüber ist, dass der Kunstrasenplatz nicht derjenige Platz ist, auf dem normalerweise die Meisterschaftsspiele ausgetragen werden.*
- 3. Seit Jahren schwebt der nötige Ausbau der Parkplätze wie ein Damoklesschwert über jeglichem Weiterausbau des Sportzentrums Buchholz. Gemäss dem bereits erstellten Umweltverträglichkeitsbericht wissen wir, dass rund 40 Parkplätze gebaut werden müssen, wenn das Kunstrasenfeld nicht im Stadion erstellt wird. So ärgerlich dies für uns ist, der Bau von Parkplätzen darf nicht gute Ideen verhindern. In diesem Zusammenhang erwarten wir vom Stadtrat dass er a) den Bau der Veloparkplätze möglichst schnell an die Hand nimmt und b) Parkplatzgebühren möglichst schnell einführt. Mit den Parkplatzgebühren würden einerseits genau diejenigen dazu beitragen, die von ihnen genutzte, teure zusätzliche Infrastruktur zu finanzieren (und damit würde nur das Verursacherprinzip angewendet) und andererseits vielleicht sogar eine Reduktion des motorisierten Privatverkehrs erreicht.*
- 4. Wir halten es für problematisch, wenn der Stadtrates grosse Ustermer Vereine nicht ernst nimmt. Wir sind uns bewusst, dass Frau Rickenbacher sowohl den FCU wie auch die Leichtathletikvereine einbezogen hat. Doch haben wir den Eindruck, dass man diesen Vereinen vor allem die eigene, günstige, Vorlage verkaufen wollte.*
- 5. Die Erstellung eines Kunstrasenfeldes ist zwar teurer als die Erstellung eines Naturrasenfeldes. Wenn man aber die Unterhaltskosten über die ganze Lebensdauer miteinbezieht; ist ein Kunstrasenfeld wesentlich günstiger als ein Naturrasenfeld. Wir würden es deshalb begrüssen, wenn bei zukünftigen Sanierungen von Naturrasenfeldern die Alternative Kunstrasen zumindest geprüft wird.*
- 6. Wir schliessen uns der Meinung der KBK und der RPK an, welche Rückweisung der Vorlage beantragen. Wir sind uns bewusst, dass auch mit einer etwas abgespeckten Variante 2 eine Volksabstimmung nötig sein wird. Trotzdem sind wir zuversichtlich, dass das Stimmvolk dem Ausbau der Sportanlage Buchholz zustimmen wird, vor allem wenn sich diejenigen Ustermer Sportvereine, welche von dieser Variante profitieren, sich auch aktiv für die Vorlage einsetzen.*

*Walter Meier / . September 2006*

Regula Trüeb referiert namens der SP-Fraktion:

*Auch die SP-Fraktion anerkennt die genannten Vorteile eines Kunstrasens und verschliesst sich dieser zwar artifiziellen, doch zukunftsweisenden Sporteinrichtung nicht. Der Bedarf an mehr und länger bespielbaren Fussballplätzen ist in Uster ausgewiesen. Der Kunstrasen erlaubt den Fussball Spielenden, auch bei schlechtem Wetter, z.B. im Herbst und Frühling, ihre Sportart auszuüben. Ein Kunstrasen kann einerseits für mehr Trainings genutzt werden, andererseits müssen weniger Meisterschaftsspiele wegen unbespielbarem Terrain verschoben werden.*

*Zum Antrag 12: Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Kunstrasen-Variante ausserhalb des Stadions Buchholz mehr Vorteile bringt als die Variante innerhalb des Stadions. Und dies aus den folgenden Gründen:*

- 1. Ausserhalb entsteht ein zusätzliches, bei jeder Witterung und Jahreszeit bespielbares Fussballfeld für Training und Meisterschaftsspiele, was einem deutlichen Mehrwert entspricht.*
- 2. Die Ustermer Leichtathleten können wie bisher innerhalb des Stadions auf Natur-Rasen trainieren, die leidige Speerwurf-Diskussion ist obsolet.*
- 3. Die Bedürfnisse der 3 Vereine FCU, LCU und TCU werden gleichberechtigt berücksichtigt.*

*Es scheint uns wichtig, dass die Stadt die Sportvereine, welche eine wichtige, häufig unentgeltliche Funktion in der Jugendarbeit und Integration übernehmen, auch mit dem Bereitstellen von Infrastruktur unterstützt. (Zudem wird das jetzt schon grosse Interesse an Fussball mit der EM 2008 in der Schweiz noch weiter wachsen. Beim FC Uster warten im Moment ja schon mehr als 50 Fussball begeisterte Kinder und Jugendliche auf einen Platz in einer Mannschaft. Hoffentlich kann der FC Uster bald sein Personalproblem lösen. Es fehlen offenbar genügend fähige Trainer und Personen, die sich im Vorstand und bei Anlässen engagieren. (vgl. Artikel im AvU von letzter Woche)!*

*Die Variante 2 ausserhalb des Stadions, wie sie im Antrag 12 geplant ist, ist unserer Meinung nach jedoch überdimensioniert. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion den Rückweisungsantrag der vorberatenden Kommissionen. Wir erwarten, dass die Abteilung Gesundheit eine kostengünstigere, maximal 2.-Liga-taugliche Kunstrasen-Variante ausserhalb des Stadions erarbeitet und dem Gemeinderat vorlegt. Auf 1.-Liga-Beleuchtung, Bewässerungsanlage, Zuschauersitzplätze und spezielle Begrünung kann unserer Meinung nach problemlos verzichtet werden.*

*Die 44 zusätzlichen Parkplätze, die offenbar durch die Kunstrasen-Aussenvariante gebaut werden müssen, gaben auch in der SP-Fraktion zu reden. Die Stadt sollte hier den Spielraum, der ihr zur Verfügung steht, unbedingt nutzen, um keine weiteren Parkplätze bauen zu müssen. Dies auch in Hinsicht auf eine mögliche Volksabstimmung über den Kunstrasen. Die geplante Parkraumbewirtschaftung im Areal Buchholz begrüsst die SP hingegen. Vielleicht ist dies ein Anreiz für die Sporttreibenden, den Weg zur Sportanlage vermehrt zu Fuss, mit dem Velo oder dem öV zurückzulegen und den PW zu Hause zu lassen. Aber das ist Zukunftsmusik...*

*Die SP-Fraktion unterstützt also heute den Rückweisungsantrag der KBK und RPK. Die Kunstrasen-Aussenvariante soll überarbeitet werden, die Variante 1 mit dem Kunstrasen im Stadion steht nicht mehr zur Diskussion.*

Rolf Denzler ergreift das Wort für die SVP-/EDU-Fraktion.

*Bei der vorliegenden Vorlage geht es für die SVP/EDU-Fraktion um die Frage der infrastrukturellen Verbesserung der Sportanlage Buchholz. Für uns ist das Bedürfnis für ein Kunstrasenfeld ausgewiesen und zwar ausserhalb des Stadions. Die andere Frage, die wir uns stellen müssen ist diejenige: Wie viel kostet das und können oder wollen wir uns das leisten?*

*Unsere wiedergewählten Stadträte haben sich im Vorfeld der Wahlen zur Sportförderung bekennt durch Bereitstellung von bedürfnisgerechten und zeitgemässen Anlagen für Freizeitaktivitäten, Erholung, Training. Für die SVP/EDU-Fraktion wird der Stadtrat diesem Bekenntnis mit der vorliegenden Vorlage nicht bzw. ungenügend gerecht. Die positive Absicht lässt sich wohl erkennen. Doch erfährt die bestehende Infrastruktur mit dem vorliegenden Antrag nur eine ungenügende und für die betroffenen Sportler und Sportvereine eine unbefriedigende Steigerung. Ziel muss eine markante Erweiterung der Trainingsmöglichkeiten, im vorliegenden Fall für den Fussballclub, sein. Uster kann sich als Sportstadt besondere Verdienste erlangen durch optimale Bereitstellung der nötigen Infrastruktur.*

*Das vermehrte Fussballtraining auf Kunstrasen im Stadion führt zwangsläufig zu Nutzungskonflikten mit den Leichtathleten (Turnverein und Leichtathletikclub). Ihr Training wird beeinträchtigt. Können Sie sich vorstellen, wie im Stadion gleichzeitig Fussball und Leichtathletik (Laufen, Hoch- und Weitsprung, technische Disziplinen) parallel trainiert werden sollen. Hierzu müssten noch das Stadion verunzierende Ballfangnetze und -anlagen installiert werden. Wollen Sie das?*

*Es kann also mehr oder weniger jeweils nur ein Verein im Stadion trainieren. Somit ist die Optimierung an Trainingsmöglichkeiten eher gering. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist mangels ungenügender Nutzung für die beantragte Investition äusserst schlecht.*

*Hinzu kommt noch, dass unser Sportstadion zu einem Trainingsfeld abklassiert würde / verkommt. Schliesslich ist das Sportstadion in vielerlei Hinsicht ein Aushängeschild für unsere Stadt. Wollen wir ein Stadion oder ein Trainingsfeld?!*

*Ferner ist der Kunstrasen für alle Stoss- und Wurfdisziplinen wie Speer-, Hammer- Diskuswerfen und Kugelstossen nicht geeignet. Das stellt das Bundesamt für Sport (BASPO) in seiner Schriftenreihen über Sportanlagen vom Juni 2006 schwarz auf weiss fest. Konsequenz daraus ist, dass die Homologierung des Sportstadions von bisher A-klassig zurückgestuft wird. Dies bedeutet, dass in Uster die bisher abgehaltenen grossen Verbandsanlässe für unsere Jugend und auch andere Anlässe nicht mehr durchgeführt werden, da der Wettkampf vom Schweizerischen Leichtathletikverband nicht mehr anerkannt wird. Wir alle bekennen uns zum Schul- und Breitensport und wollen unsere Jugend unterstützen. Was nun?*

*Unser Sportstadion ist eine multifunktionelle Anlage. Es dient dem Fussball und der Leichtathletik sowie auch noch kulturellen Festivitäten. Hier liegt der Kernpunkt für ein Nein eines Kunstrasen im Stadion. Schauen Sie zum Bsp. nach Göteborg (WM) und nach Zürich. In diesen multifunktionellen Stadien gibt es einen Naturrasen (auch das neue Letzigrund wird mit einem Naturrasen ausgestattet sein). In der Leichtathletik müssen die Abdrücke für die Messungen ersichtlich sein. Das ist auf Kunstrasen nicht möglich. Kunstrasen hat seinen Platz in reinen Fussballstadien. Nur nebenbei: Im Stade de Suisse in Bern wird der Kunstrasen für die EM 08 mit einem Naturrasen ersetzt. Bsp. Wil SG.*

*Mehrwert für die Sportanlage Buchholz schaffen wir im Gesamten nur mit einem zusätzlichen Kunstrasenfeld ausserhalb des Stadions. Mit dem Antrag des Stadtrates ändern wir lediglich eine bestehendes Feld zu Lasten aller Nutzer ab. Die Infrastruktur wird keinesfalls verbessert. Der Fussball-*

*Sport wird damit nur marginal unterstützt. Den Bedürfnissen werden wir mit dem KR im Stadion nicht gerecht.*

*Beispiel: Vergleich Belegungszeiten-Steigerung, Kosten-Nutzen- Verhältnis (ev. Folie)*

*Was auch noch hinzukommt ist, dass die betroffenen Vereine (FCU, LCU) sich klar für eine Lösung ausserhalb des Stadions einsetzen und das Kunstrasenfeld im Innenraum des Stadions ablehnen. Vgl. Schreiben FCU und LCU – Zeitungsberichte.*

*Betr. Parkplatzfrage:*

*Für die SVP/EDU-Fraktion darf die Infrastrukturverbesserung nicht von der Parkplatzfrage abhängig gemacht werden. Die Frage der Parkplatzerweiterung wurde bis heute immer hinausgeschoben. Uster ist gewachsen. Das Bedürfnis von Sportlern auf unseren Anlagen im Buchholz ist auch gewachsen. Wir kommen nicht darum herum, diese Frage unabhängig eines Kunstrasenfeldes zu lösen. Für uns ist die Parkplatzfrage klar kein Killerkriterium für ein Kunstrasenfeld draussen auf der Sportanlage.*

*Zudem müssen wir die Parkplatzfrage auch nicht dramatisieren. Wir erwarten vom Stadtrat und im Speziellen von der Abteilung Bau kreative Lösungen. Beispielsweise könnten die nahe gelegenen AMP's in Winikon als Parkplätze für grössere Veranstaltungen und Gross-Anlässe benützt werden. Hier ist der Kontakt mit dem VSB zu suchen. Da wären die angeblich fehlenden 40 Parkplätze ohne weiteres vorhanden.*

*Hinzu kommt noch, dass es die Stadt Uster selber in der Hand hat, die Anzahl Parkplätze im Rahmen ihres Ermessens innerhalb der kantonalen Richtlinien festzusetzen. Wir erwarten ein Ausschöpfen der kantonalen Richtlinien. Mit einer Herabsetzung des Prozentsatzes des Parkplatzbedarfes genügen die bestehenden Parkplätze ohne weiteres, um von einer diesbezüglichen Auflage in der Baubewilligung abzusehen.*

*Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt die Rückweisung der KBK und RPK – d.h. eine neue Vorlage für ein Kunstrasentrainingsfeld „light“ ausserhalb des Stadions und lehnt den Antrag der FDP-Fraktion ab. Für uns gibt ein Kunstrasenfeld im Stadion keinen Sinn.*

Als nächstes spricht Rudolf Locher namens der FDP-/CVP-Fraktion:

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident  
Sehr geehrte KollegInnen und Kollegen  
Sehr geehrte Damen und Herren*

*Ich referiere im Namen der / **FDP/CVP Fraktion nimmt wie folgt Stellung:***

***Zuvieles ist noch unklar:** Diese Vorlage überzeugt **uns nicht,***

*Das **Grundbedürfnis** für den Einbau des **Kunstrasens ist** dass:  
die **Trainingsmöglichkeiten** z.B. des FC, TV und LCU **vergrössert** werden können.*

*Mit dieser vorliegenden Version, den Kunstrasen **innerhalb** des Stadion zu erstellen, wird zwar die **Abhängigkeit** von **Wetter und Umwelt** verbessert,  
aber durch die mögliche **Doppelbenutzung** durch die **Vereine (FC, TV u. LCU) könnte der gewünschte Effekt rasch wieder** geschmälert werden.*

*Die jüngste Erkenntnis, der projektierte Kunstrasen sei jetzt auch **Speertauglich**, kann **auch nicht das Entscheidungskriterium** sein.*

*Es muss eine **vermehrte Trainingsmöglichkeit**, ohne mögliche Einschränkungen, **nachgewiesen** werden.*

*Die Frage der **Parkplatzerweiterung**, ob **Vorschrift, Wunsch, Möglichkeit** oder bereits „in **Ordnung**“ konnte **nicht schlüssig** beantwortet werden.*

Die öffentliche Kritik seitens der direkt involvierten Sportvereine haben uns natürlich zusätzlich **sehr irritiert**.

Die FDP/CVP Fraktion möchte eine einfachere „Light“- Version, nämlich ein **Trainingsfeld mit Kunstrasen**, ohne aufwendige 1. Liga-Ausstattung, ohne Tribüne, ohne teure Beleuchtung und ohne teures Zubehör vorgelegt haben.

Das Projekt soll auch konzeptionell dem **Endausbau**, d.h. den insgesamt **3 Fussballfelder** längs der **Pfäffikerstrasse** entsprechen.

Eines davon solle **jetzt** erstellt werden. Die Light-Version soll zusammen mit der **Alt-Variante 1 als Auswahlmöglichkeit** beantragt werden, damit die Auswahlmöglichkeit gewährleistet sein wird; wir wollen kein **Uster ohne Kunst-Rasen**.

Die **FDP/CVP Fraktion** beantragt die **Rückweisung mit folgendem Auftrag**:

Die von der **KBK und RPK** im Rückweisungsantrag geforderte **Ueberarbeitung** bzw. Reduktion der Variante 2 (KuRA ausserhalb des Stadions) wird der Variante 1 (KR innerhalb Stadion)

**gegenübergestellt**. Das heisst, der **Gemeinderat** kann in der nächsten Vorlage weiterhin über die Variante 1, Kunstrasen im Stadion, und der überarbeiteten Variante 2, KR ausserhalb des Stadions, abstimmen.

Wir bitten um **Annahme dieses Antrages**.

Besten Dank.

Reto Dettli äussert im Folgenden seine persönliche Meinung:

*Herr Präsident, meine Damen und Herren*

*Ich erlaube mir, als Kommissionsmitglied auch meine persönlichen Ansichten zur Vorlage darzulegen. Es entspricht meiner Überzeugung, dass wir mit der Wahl einer Aussenvariante einen erheblichen Mehrnutzen generieren können. Die Mehrkosten werden deutlich unter den Angaben in der Weisung zu liegen kommen. Dass die Bereitschaft klein ist, 5 Mio. Franken für ein Kunstrasenfeld aufzuwenden dürfte allen klar sein.*

*Ich möchte vor allem auf einen Punkt in der Weisung eingehen, der auch in Zukunft bei einer nächsten Weisung einen entscheidenden Realisierungsfaktor darstellen wird. Die Parkplatzfrage ist nicht nur eine Frage, die einige linke Fundis angeht, sondern sie wird für einen Erfolg in einer späteren Volksabstimmung - und in diesem finanziellen Rahmen bewegen wir uns bei einer Aussenvariante - entscheidend sein.*

*Ich will eine Auseinandersetzung und eine Abstimmung über einen Sportplatz und nicht über einen Parkplatz. Niemand in dieser Gemeinde wird verstehen, dass bei einer Vorlage von über 3.5 Mio. Fr. für die Sportvereine etwa ein Drittel des Geldes für Parkplätze ausgegeben werden muss. Notabene für eine Sportart, die in der Regel nicht von gehbehinderten Menschen ausgeführt wird.*

*Dass ein Eishockeygoalie sein Auto nimmt, wenn er mit der Ausrüstung ins Training fährt, ist einleuchtend. Auch verständlich ist, dass z. B. Andre Agassi mit dem Auto zur Tennishalle muss, weil man ja von seinen Matches weiss, dass jeder Schritt für ihn einer zu viel ist. Dass aber für Tschütteler, welche Töggelische, Hosen, Leibchen und ein Duschgel zum Training mitnehmen, noch eine Million auf den Tisch gelegt werden muss, damit diese ihre Töggelische mit dem Auto zum Sportplatz fahren können, dürfte nicht mal in Seldwyla auf Akzeptanz stossen.*

*Meine Damen und Herren - sportlich zum Sport müsste hier das Motto lauten. Und die Abteilung Gesundheit und die Abteilung Hochbau müssen ganz offensichtlich nochmals über die Bücher. Der Handlungsspielraum ist gross, da man bereits heute mehr als 80% des Normbedarfes an Parkplätzen aufweist und der schlussendliche Wert zwischen 70% und 100% liegen muss, also ohne weitere Parkplätze erfüllt werden kann. Möglicherweise müssen die bei den Abteilungen festgelegten Vorgaben an die Planungsbüros nochmals überprüft oder die Ergebnisse der Expertisen der Planungsbüros nochmals kritisch hinterleuchtet werden. Denn Planungsbüros leben vom Planen und auch das Planen vor Parkplätzen wirft schlussendlich Honorar ab.*

*Bei einer allfälligen Volksabstimmung würden sich nicht nur die Grünen gegen den Bau zusätzlicher unnötiger Parkplätze wehren. Auch die Vorlage einer SP-Stadträtin hätte innerhalb der SP einen schweren Stand. Und eine Ablehnung an der Urne wäre das Crash-Szenario für den Sport in Uster. Eine Parkplatzvorlage mit einem daneben gestellten Sportplatz ist an der Urne zum Scheitern verurteilt. Auch wenn sie sogar gewonnen würde, ist mit Einsprachen zu rechnen, welche den Bau des von uns allen gewünschten Sportplatzes verzögern oder verunmöglichen. Der Stadtrat wird also mit Nachdruck gebeten, seinen Handlungsspielraum zu analysieren und mit etwas Phantasie zu paaren, damit wir zu dem kommen was wir wollen: einen Mehrwert für den Sport in Uster.*

Marianne Siegrist wünscht im Namen der FDP-/CVP-Fraktion eine Präzision anzubringen: Die Fraktion wünscht, dass man die Variante 2 der Variante 1 gegenüber stelle. Man möchte verhindern, dass am Schluss gar keinen Kunstrasen kommen werde.

Im Folgenden präzisiert Stadträtin Esther Rickenbacher nochmals den Antrag und weist namentlich darauf hin, dass es erfreulich sei, dass alle Parteien grundsätzlich „ja“ zum Kunstrasen sagen würden. Der Stadtrat würde aber dabei bleiben und den Kunstrasen innerhalb des Stadions realisieren. Es entstehe so einen Mehrwert, der Rasen sei das ganze Jahr bespielbar und alle könnten weiterhin ihren Sport ausüben, der LC, FC und TCU. Der Trainingsplan stehe bereits jetzt. Zur Diskussion betreffend Homologisierung: Alle Leichtathletikdisziplinen können auf dem Kunstrasen ausgeübt werden. Zwei bis drei Wettkämpfe seien möglich auf den Kunstrasen. Zur Parkplatzsituation: Man muss zusätzliche Parkplätze bauen, will man den Kunstrasen ausserhalb realisieren. Kommt der Kunstrasen in das Stadion, dann ist keine Bewilligung nötig und auch keine zusätzlichen Parkplätze.

Es referiert Herr Horlacher als Fachspezialist zum Thema Kunstrasen.

Rolf Graf fragt Herr Horlacher, ob die Option der Parkplatz-Benutzung Mühleholz an Samstagen und Sonntagen in seine Berechnungen miteinbezogen wurden, gerade wenn es um grössere Events gehe. Die UVP ziehe sich über alle sieben Wochentage, so Horlacher, erst werde der Normalbedarf abgecheckt.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Ausmarchung KBK-/RPK-Antrag gegen den FDP-Antrag gegen den Antrag der Grünen**

**KBK-/RPK-Antrag: 21 Stimmen**

**FDP-/CVP-Antrag: 7 Stimmen**

**Antrag der Grünen: 2 Stimmen**

**Abstimmung über den Rückweisungsantrag der KBK/RPK**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 29 : 0 Stimmen**

**den Antrag des Stadtrates über den Kredit für den Einbau eines Kunstrasens im Fussball- und Leichtathletikstadion im Sportzentrum Buchholz im Betrag von CHF 1'835'000 inkl. MwSt zurückzuweisen mit dem Auftrag, einen neuen kostengünstigeren Antrag zu berechnen für ein Kunstrasen-Aussenfeld (Mehrwert), welches matchtauglich (ca. 2. Liga) ist. Das Konzept soll dahingehend überprüft werden, dass der bisherige Aussenplatz allenfalls weiterhin genutzt werden kann.**

**5 Antrag des Stadtrates betreffend Areal Brandstrasse  
Genehmigung Kaufvertrag zwischen der Stadt Uster und den drei  
Baugenossenschaften  
(Antrag Nr. 25 )**

Im Ausstand befindet sich Christian Keller, da er als Präsident einer der drei Baugenossenschaften fungiert.

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert René Biber.

*Stadtrat Heinz Wolfensberger hat die Vorlage der Kommission eingehend erläutert. Ich fasse die wichtigsten Punkte zusammen:*

*Es ist seit Jahren die gemeinsame Absicht des Kantons und der Stadt Uster, ihre beiden Grundstücke von insgesamt 9'250 m<sup>2</sup> in der Bauzone W3 einer städtebaulich überzeugenden Überbauung zuzuführen. In diesem Kontext ist der vorliegende Antrag über den Verkauf der städtischen Liegenschaft von 3'405 m<sup>2</sup> für je Fr. 700 pro m<sup>2</sup>, somit total Fr. 2'282'500, zu sehen. Auf die Ausschreibung vor drei Jahren gingen 21 Angebote ein. Die Verkaufsverhandlungen mussten damals aber eingestellt werden, weil der Kanton offenbar plötzlich merkte, dass der Werkhof noch gebraucht wird und ein Verkauf „aufs Eis“ zu legen ist. Immerhin schloss der Kanton mit der Stadt Uster als Berechtigter einen Kaufrechtsvertrag über sein Grundstück ab, um die Idee des gemeinsamen Vorgehens zu retten. Damit übernahm die Stadt Uster endgültig den Lead in dieser Sache.*

*Anfang dieses Jahres war es dann soweit, dass ein neuer Entscheid gereift ist und das Ende des Werkhofes naht – auf Ende 2006.*

*Die Verkaufsverhandlungen wurden wieder aufgenommen und führten schliesslich am 18. August 2006 zum Abschluss des Kaufvertrages mit den in Uster domizilierten drei Genossenschaften (Baugenossenschaft für zeitgemässes Wohnen Uster, Gewo Züri Ost und Wohn- und Siedlungsgenossenschaft). Anzumerken ist, dass diese drei Genossenschaften anstelle der Stadt Uster in den Kaufrechtsvertrag mit dem Kanton eintreten. Resultat: Das Ziel einer städtebaulich überzeugenden Gesamtüberbauung beider Grundstücke wird erreicht. Übrigens: Der Kaufpreis beträgt hier ebenfalls Fr. 700 pro m<sup>2</sup>.*

*Für die vielen Gründe, die zur Wahl der drei Genossenschaften als Käufer geführt haben, verweise ich auf den beleuchtenden Bericht. Nur soviel daraus: Nachdem in letzter Zeit der Verkauf von städtischem Boden an Private im Vordergrund stand, soll hier – gewissermassen als Ausgleich – der Mietwohnungsbau bevorzugt werden. Die drei Genossenschaften bieten Gewähr für eine überzeugende Lösung mit angemessenen Mietzinsen. Der Boden wird der Spekulation entzogen.*

*Der Kaufpreis von Fr. 700 pro m<sup>2</sup> ist moderat festgesetzt. Im Hinblick auf das anvisierte Ziel, Mietwohnungen erstellen zu lassen. Dennoch ist er marktgerecht. Wermuts-Tropfen: Die hohen Entsorgungskosten von schätzungsweise 1 Mio. Franken für die alte Deponie (Altlast), die vor allem das städtische Grundstück betrifft. Diese Kosten müssen von der Stadt Uster übernommen werden und können auf niemanden überwältzt werden.*

*In der Kommissionssitzung wurden zwei Fragen gestellt, nämlich im Zusammenhang mit der erwähnten Altlast und warum das Grundstück nicht im Baurecht abgegeben werde. Die Antwort darauf: Die 1 Mio. Franken Entsorgungskosten beruhen auf einer Grobanalyse der Altlast, sie können tiefer (beispielsweise wenn nicht die ganze Deponie entsorgt werden muss), theoretisch aber auch höher sein. Zum Baurecht ist zu erwähnen, dass von den Käufern kein Interesse daran besteht. Die Zeiten haben sich geändert, der Erwerb von „Baurechts-Land“ ist nicht mehr gefragt. Aber auch im Sinne der Immobilienstrategie der Stadt Uster drängt sich eine Abgabe im Baurecht vorliegend nicht auf.*

*Die KÖS stimmte dem Antrag mit 5 : 1 zu. Die einzige Gegenstimme ist darauf zurückzuführen, dass das betreffende Kommissionsmitglied generell gegen die Veräusserung von städtischem Grundeigentum ist.*

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert Ruedi Locher.

*Sehr geehrter Herr Präsident  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadt- und Gemeinderat  
sehr geehrte Damen und Herren*

*Dem Antrag wurde in der RPK einstimmig (7:0) zugestimmt.*

*Wie aus der Planskizze ersichtlich, handelt es sich um den **Verkauf** der Parzelle Nr. B5841 mit total 3405 m<sup>2</sup> voll erschlossenem Bauland der Zone W3/50 an drei **Ustermer Baugenossenschaften**.*

*Das **Nachbargrundstück** Kat. Nr. B5842 wird vom Kanton Zürich **direkt** an die gleiche Käuferschaft mittels Abtretung des Kaufrechtsvertrages **zeitgleich** veräussert.*

*Das **Grundstück** befindet sich an einer **guten, zentralen, ruhigen Lage**, gut erschlossen, Schulhäuser und ÖV in unmittelbarer Nähe.*

*Es sollen **qualitativ gute** und **zahlbare Wohnungen** erstellt werden, was auch von derselben Wohnbaugenossenschaften bei anderen Bau-Objekten in Uster nachgewiesen wurde.*

*Dieser Zuschlag entzieht die Parzelle auch **dauerhaft der Spekulation**. Erwähnenswert ist auch die Tatsache, dass seitens der Bauherrschaft die Frage des Bauens im **Baurecht** nicht gestellt wurde. Die **Entsorgungskosten** im Betrage von ca. 1,2 bis 1,7 Mio gehen voll zu Lasten der Stadt Uster, weil die Stadt Uster früher an diesem Ort selber Abfälle deponierte!*

*Es wurden hierfür eine Rückstellung im Betrage von **1 Mio Franken** vorgenommen.*

*Die RPK empfiehlt dem Gemeinderat, dem Antrag Nr. 25 **zuzustimmen**.  
Besten Dank für Ihre **Aufmerksamkeit**.*

Für die Grünen meldet sich Thomas Wüthrich zu Wort:

*Wenn die Grünen bei diesem Geschäft einen Rückweisungsantrag stellen, dann nicht darum, weil wir das Engagement der involvierten Baugenossenschaften nicht schätzen würden. Oder weil wir etwas Grundsätzliches am geplanten Bauprojekt an sich auszusetzen hätten.*

*Nein, unserer Rückweisungsantrag ist als Rote Karte an die Adresse des Stadtrates zu verstehen, der es bei diesem Geschäft verpasst hat, erstens, Land dazu zu kaufen und es, zweitens, im Baurecht abzugeben.*

*Mindestens eine der involvierten Genossenschaft ist mir soweit bekannt, dass ich weiss, dass sie Baurechtsverträgen grundsätzlich offen gegenüber steht. Und hier hätte der Stadtrat sicher die Möglichkeit gehabt – Marktkräfte hin oder her – das Land im Baurecht abzugeben, anstatt es zu verscherbeln. Aber man muss es wollen und aktiv angehen!*

*Aber genau dies will der Stadtrat nicht, wie er in seinem Strategiepapier, dargelegt hat. Die Veräusserungsstrategie ist eine Sackgasse. So geht eine Stadt nicht mit ihrem Tafelsilber um.*

*Andere Schweizer Städte haben hierzu ganz andere Vorstellungen. Dort ist Erweiterung und mindestens das Halten des Status quo des Finanzvermögens eine zentrale Zielsetzung. Zudem wollen*

*diese Stadt auf dem Bodenmarkt eine aktive Rolle spielen und Boden auch der Spekulation entziehen. Davon ist die Ustermer Bodenpolitik noch weit entfernt.*

*Und solange wird der Stadtrat von den Grünen auch die Rote Karte sehen.*

*Die Grünen beantragen die Rückweisung der Vorlage.*

### **Abstimmung über den Rückweisungsantrag der Grünen:**

#### **Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 17 : 2 Stimmen**

**den Rückweisungsantrag nicht zu unterstützen.**

Paul Gantenbein meldet sich zu Wort und führt aus, dass die SVP-/EDU-Fraktion den Antrag des Stadtrates unterstützen.

Benno Scherrer ergreift das Wort und erklärt namens der GLP, dass auch sie hinter dem Antrag wie er vorliegt stehen.

Rolf Graf spricht im Namen der SP-Fraktion.

*Die SP-Fraktion ist bekannt dafür, dass sie Landgeschäften gegenüber sehr kritisch eingestellt ist. Sie hat noch nicht vielen Verkäufen zugestimmt. Doch für einmal stimmen auch wir aus Überzeugung einem Landgeschäft zu. Es handelt sich nicht um strategisch wichtiges Land. Mit einem Verkauf an Baugenossenschaften – nicht nur einer sondern gleich dreien – wird das Land der Spekulation entzogen. Mit einem Verkaufspreis von Fr. 700 pro m2 werden Voraussetzungen für einen preiswerten Mietwohnungsbau geschaffen.*

*Wir finden es auch gut, dass die Parzelle des Kantons zusammen mit der der Stadt Uster verkauft wird, denn damit wird eine optimale Grösse für ein gutes Projekt erreicht. Wir verstehen daher auch, eben weil das Land nicht nur der Stadt Uster gehört, dass das Land nicht im Baurecht abgegeben werden kann.*

*Summa summarum: es ist eine gelungene Lösung um sich von nicht strategischem Land zu trennen.*

René Biber meldet sich zu Wort: Die FDP-/CVP-Fraktion ist einstimmig für die Annahme des stadträtlichen Antrages.

*Aus unserer Sicht spricht zusammengefasst folgendes dafür: Mit diesem Kaufvertrag und der Übertragung des Kaufrechtsvertrages für das Grundstück des Kantons an die drei Genossenschaften ist ein einheitliches Vorgehen für eine städtebaulich überzeugende Lösung gewährleistet. Die drei Genossenschaften mit Sitz in Uster sind Garanten dafür, dass diese Zielsetzung mit den erwünschten Mietwohnungen erreicht wird. Es darf auch erwartet werden, dass die Mietzinse moderat ausfallen. Demzufolge ist nicht dagegen einzuwenden, dass mit einem Kaufpreis von Fr. 700 pro m2 die „Zitrone nicht ausgepresst“ wurde. Dennoch handelt es sich um einen marktüblichen Preis, den ja auch der Kanton für sein Grundstück verlangt.*

*Der Verkauf entspricht der Immobilien-Strategie der Stadt Uster und eine Abgabe im Baurecht kommt allein schon deshalb nicht in Frage, weil dieses Modell zurzeit im Markt nicht ankommt. Es bildet deshalb keine Alternative, auch nicht im Hinblick auf die Entsorgungskosten der Altlast, die in diesem Fall dann nicht über den Kaufpreis finanziert werden könnten. Leider war das Kaufobjekt früher eine kommunale Kehrrichtdeponie, deren Entsorgung nun heute Kosten von voraussichtlich 1 Million verursacht, welche die Stadt Uster nicht auf andere überwälzen kann.*

*Fazit: Der Antrag des Stadtrates ist überzeugend und verdient Unterstützung.*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 26 : 2 Stimmen**

- 1. Der am 18. August 2006 öffentlich beurkundete Kaufvertrag zwischen der Stadt Uster und den drei Ustermer Baugenossenschaften:**

**Baugenossenschaft für zeitgemässes Wohnen Uster, mit Sitz in Uster ZH**

**Gewo Züri Ost, Genossenschaft mit Sitz in Uster ZH**

**Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Uster, mit Sitz in Uster**

**für den Verkauf der Parzelle Kat. Nr. B 58 41 mit einer Fläche von 3'405 m<sup>2</sup> zu Fr. 2'383'500.00 (Fr. 700.00/m<sup>2</sup>) wird genehmigt.**

- 2. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.**

**6 Antrag des Stadtrates betreffend Kreditgenehmigung von CHF 1'332'303 (inkl. MWSt.) Informatikkonzept Primarschule (Antrag Nr. 27)**

Die Geschäfte Nr. 27 und 28 werden in der Folge zusammen besprochen und dann separat darüber abgestimmt.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert Ruedi Gysi.

*Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren*

*Anlässlich der KBK Sitzung vom 11. September 2006 wurde der Kommission durch Frau Stadträtin Sabine Wettstein und Hr. Widmer von der Schulpflege, das Projekt "Informationskonzept" vorgestellt.*

*Einigen Benutzergruppen stehen zur Zeit keine oder ungenügende Informatikmittel zur Verfügung und die PC der Schulleitung sind veraltet.*

*Ebenfalls ist die Telefon-Infrastruktur der grossen Schulanlagen nicht auf einem einheitlichen Stand.*

*Die Schulpflege möchte nun ein neues Benutzerkonzept erarbeiten. Es soll eine Server-Infrastruktur, mit einer permanenten Dateiablage, ermöglicht werden.*

*Es soll eine zentrale Systemadministration geschaffen werden, die einen möglichst reibungslosen Betrieb der Informatik-Infrastruktur sicherstellt.*

*Ebenfalls sollte die HPSU mit Informatikmitteln ausgestattet werden.*

*Nach Meinung der Schulpflege sollten auch Kindergärten und Hauswarte mit Informatik ausgerüstet sein.*

*Es sollten auch PC-Pools für den Projektunterricht, Klassenlager und Nutzung durch Fachpersonen zur Verfügung stehen.*

*Durch die Mitglieder der KBK wurden einige Fragen in den Raum gestellt:*

*Brauchen wir ein so ausgebautes System?*

*Brauchen Kindergärten und Hauswarte einen PC?*

*Was wird in den nächsten Jahren finanziell noch weiter auf uns zukommen?*

*In der Beratung kamen die Mitglieder der KBK zum Schluss, dass das ganze Konzept zu aufwendig sei.*

*Mit dem Antrag von Fr. 1'332'303 sei eindeutig über das Ziel geschossen worden*

*Das ganze Konzept sollte nochmals überdacht und mit etwas weniger Speck am Knochen neu überdacht werden.*

*In der Schlussabstimmung wurde der Antrag mit 7 zu 1 abgelehnt.*

*Die KBK empfiehlt ihnen den Kredit ebenfalls abzulehnen.*

*Anlässlich der KBK Sitzung vom 11. September 2006 wurde auch der Antrag Nr. 28 vorgestellt.*

*Mit dem neuen Informationskonzept ist es unumgänglich, dass auch eine Systemadministration geschaffen werden muss.*

*Die KBK ist der Meinung, dass es aber nicht eine 150% Stelle sein muss, sondern eine 100% Stelle ausreichend wäre.*

*Da die Mitglieder der KBK den Antrag für eine Kreditgenehmigung des Informationskonzeptes abgelehnt haben, wurde auch der Antrag zur Stellenschaffung mit 7 zu 1 abgelehnt.*

*Die KBK empfiehlt ihnen den Antrag ebenfalls abzulehnen.*

*Ruedi Gysi, 25. September 2006*

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert Stefan Lehmann.

*Sehr geehrter Herr Präsident  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadt- und Gemeinderat  
sehr geehrte Damen und Herren*

*Sie haben den Antrag der KBK auf ABLEHNUNG gehört.  
Die RPK hat vor einer Woche mit 6 : 2 Stimmen mehrheitlich einem Rückweisungsantrag der beiden Anträge Nr. 27 und 28 im Sinne eines Ordnungsantrages gemäss Gesch.ordnung Art. 28 zugestimmt. Ich bitte daher den Präsidenten, diesen als solchen zu behandeln und abstimmen zu lassen.  
Mein Referat erstreckt sich auch über den Antrag Nr. 28 für die Stellenbeschaffung Systemadministration (150 %) an der Primarschule Uster.*

*Nachdem sich die RPK vergewissert hat, dass in der KBK nicht die Meinung vorherrscht, dass nun in der Primarschule keinerlei Investitionen mehr getätigt werden sollen, konnten wir uns der Vorlage widmen, mit Fragen an Sabine Wettstein als Vorsteherin der Abteilung Bildung.  
Gegen die Server-Infrastruktur und eine zentrale Systemadministration sowie die IT-Investitionen für die Schulleitungen und die Integration der HPSU wurden keine Voten aufgenommen. Hingegen bei der Handarbeit, bei den Kindergärten und den Hauswärten sowie den Beschaffungen von +/- 100 Notebook-Pools kamen Bedenken auf. Das vorliegende Informatik-Konzept über die Jahre 2006 – 2009 wurde als „überladen“ taxiert. Die PS schieesse über's Ziel hinaus.*

*Aus der RPK wurde festgestellt, dass die Konsistenz der Beträge im Antrag nicht verständlich ist, bezüglich den Investitionen 2006, welche nicht in die Gesamtkosten einbezogen worden sind. Ferner war ein Mitglied der Ansicht, dass die Stelle für die Systemadministration ebenfalls in die Betriebskosten aufzunehmen sind. Es sei eine Einheit der Materie und deshalb in einem Antrag aufzunehmen.*

*Bezüglich Preisgestaltung stellten sich RPK-Mitglieder die Frage bezüglich Marktkonformität und Aktualität.*

*Die Kommissionsminderheit begrüsst die etappierte Anpassung im IT-Bereich der Schule und empfand die jährlichen Kosten insofern als verantwortbar, als man die Einkaufskosten noch nicht als ausgereizt betrachtete.*

*Mit dem Rückweisungsantrag verbunden geht der Auftrag an die Exekutive, das IT-Konzept*

- neu nach zwingend nötigen Anschaffungen und wünschbaren Investitionen zu priorisieren*
- zu prüfen, ob die Stellenausdehnung für die Systemadministration als Betriebskostenanteil in die IT-Kreditweisung zu integrieren ist -> allenfalls aufgrund der wiederkehrenden Kosten > CHF 250' mit Volksentscheid*
- die Position H3 der Notebook-Pools auf 2008 und 2009 nochmals hinsichtlich Kosten und Anzahl zu überdenken*

*Besten Dank.*

*Stefan Lehmann weist darauf hin, dass dies auch die Meinung der FDP-/CVP-Fraktion widerspiegelt.*

## **Die Diskussion ist eröffnet über den Rückweisungsantrag, der im Raum steht.**

Reto Dettli ergreift namens der SP-Fraktion das Wort. Seine Fraktion lehne die Weisungen Nr. 27 und 28 ab und schliessen sich dem Rückweisungsantrag aus der RPK an. Grundsätzlich sagen sie ja zur Server-Lösung, aber es fehle eine Bedarfsanalyse; es handle sich vorliegendenfalls eher um eine Wunschanalyse. Sie SP-Fraktion hätte genug von Infrastrukturvorlagen, man solle das Geld für Bildung einsetzen, nicht für Infrastruktur. Tagesstrukturen sollen u.a. endlich thematisiert werden. Abgesehen davon sollten wiederkehrende Kosten zusammengefasst werden.

Thomas Wüthrich spricht namens der Grünen:

*Sehr geehrter Herr Präsident, Geschätzte Anwesende*

*Bildung kostet. Das zeigt sich auch bei dieser Vorlage. Grundsätzlich sind die Grünen auch überzeugt, dass jeder in die Bildung investierte Franken eine gute und vor allem auch nachhaltige Investition darstellen. Und für die Lehrerschaft bedeutet die zweckmässige Einrichtung ihrer Arbeitsplätze indirekt auch eine Wertschätzung ihrer Arbeit.*

*Das ausgearbeitete Konzept ist unserer Ansicht insgesamt gut durchdacht und zweckmässig. Richtig finden wir beispielsweise, dass bereits Kinder der Grundstufe und der heilpädagogischen Schule Zugang zu Informatikmitteln haben sollen.*

*Elegant dünkt uns auch die Lösung betreffend des PC-Pools. Die mobilen Notebooks erlauben einen Einsatz der Informatik dort, wo aktuell Bedarf besteht, sei es in einer Projektwoche oder in einem Klassenlager.*

*Schliesslich ist auch die geplante Server-Lösung die einzig Richtige. Alles andere als eine zentrale Datenablage und vor allem Datensicherung ist nicht mehr zeitgemäss, ja wäre unverantwortlich.*

*Drei Einschränkungen müssen jedoch gemacht werden.*

*Grundsätzlich erachten wir die budgetierten Anschaffungskosten für die einzelnen Geräte als zu hoch. Bei diesem Beschaffungsvolumen sollten entsprechende Rabatte ausgehandelt werden können.*

*Wenn schon die ganze EDV-Struktur erneuert wird, dann ist nicht ganz nachvollziehbar, warum nicht auch gleich die Telefonie in diese Struktur eingepplant wurde. Telefonieren übers Internet ist heute absolut problemlos, auch von grossen Betrieben erprobt und – mindestens im Betrieb – vor allem kostengünstiger! Und mit der vorgesehenen Systemadministration ist ein Funktionieren dieser Anlagen auch gewährleistet.*

*Und schliesslich ein dritter Kritikpunkt. Gemäss unserem Informationsstand ist die Abschreibung von Computern linear auf sechs Jahre hinaus unseriös! Abschreibungen auf 3 Jahre bei einem Abschreibungssatz von 70% sind heute Standard, auch auf kantonaler Ebene. Da ist dem Parlament doch besser reiner Wein einzuschenken, indem erklärt wird, dass eben in 3-4 Jahren die ganze EDV wieder erneuert werden muss, weil die Anlagen dannzumal bereits wieder veraltet sein werden.*

*Grundsätzlich erachten die Grünen das vorgeschlagene Informatikkonzept als zweckmässig, bei den Beschaffungskosten der Hardware und den Betriebskosten muss unserer Meinung nach nachgebessert werden. Deshalb unterstützen die Grünen ebenfalls den Rückweisungsantrag.*

Es referiert Walter Meier für die EVP-/GLP-Fraktion:

*Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen*

*Die EVP/GLP-Fraktion nimmt zur Vorlage wie folgt Stellung:*

- 7. Sie wissen es – die beiden vorberatenden Kommissionen weisen diese Vorlage zurück resp. lehnen sie ab. Man hält die Vorlage für etwas überrissen und deshalb nicht für mehrheitsfähig.*
- 8. Wir meinen, dass die Primarschulpflege, und hier insbesondere die Kommission, welche das Informatikkonzept erarbeitet hat, hervorragende Arbeit geleistet hat.*
- 9. Wir sind uns bewusst, dass die darin aufgestellten Forderungen und „Wünsche“ aus heutiger Sicht vielleicht etwas überrissen erscheinen mögen. Wir bitten den Rat jedoch, zu bedenken, dass dieses Konzept gemäss dem uns vorliegenden Antrag erst im Jahr 2010 fertig umgesetzt ist. Die Informatik hat auch in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht. Was wir in vier Jahren für normal und notwendig erachten werden, können wir nicht abschätzen. Aus diesem Grund meinen wir, dass das Konzept in die richtige Richtung stösst.*
- 10. Wir sind uns bewusst, dass 1.3 Mio Franken viel Geld sind. Wir sind uns aber auch bewusst, dass die Primarschulpflege jedes Jahr ein Mehrfaches davon als Löhne auszahlt resp. als Lohnnebenkosten ausgibt. Wirklich teuer sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Uster. Die Arbeitszeit von diesen müssen wir möglichst effizient einsetzen. Und wir meinen, dass genau dies die Absicht ist des uns vorgelegten Informatikkonzepts. Die Schulleitungen, das Schulsekretariat und allenfalls die Schulpflege will möglichst viel interner „Papierkrieg“ per Mail / per Internet / per Intranet erledigen. Aus diesem Grund sollen möglichst alle ans Netz angeschlossen werden.*
- 11. Wir begrüssen den Entscheid der Primarschulpflege, dass sie die Stelle des Administrators nicht selber schaffen will, sondern die entsprechenden Leistungen bei der Informatik der Stadt Uster einkaufen will.*

*Bis zu diesem Punkt sind sich die Mitglieder der EVP/GLP-Fraktion einig: das Konzept, und um dieses geht es ja gemäss Weisung Nr. 27, ist gut und verdient Unterstützung.*

*Bei der Höhe des Kredits gehen jedoch die Meinungen auseinander:*

- die Mitglieder der GLP ist der Ansicht, dass die Beschaffungskosten insbesondere für die Hardware zu hoch angesetzt sind. Da ist Sparpotential da! Und man will der Primarschulpflege nicht mehr Geld in die Hand geben, als sie wirklich ausgeben darf. Es besteht der Verdacht, dass zwar billiger eingekauft wird, mit dem Kredit aber noch dies und jenes gekauft würde, was jetzt nicht in der Vorlage enthalten ist. Die GLP-Vertreter werden aus diesem Grund die Rückweisung unterstützen, man erwartet Einsparungen von ca. 1/3 des heutigen Kredits.*
- die Mitglieder der EVP sind der Ansicht, dass wir hier in Uster gemäss NPM handeln sollen. Das Konzept ist gut und dieses soll die PS umsetzen. Dass der Kredit zu hoch ist, hat bereits die Stadträtin in der Kommissionssitzung verraten, als sie sagte, dass heutige Offerten 20 % Einsparungen bei der Hardware ermöglichen würden. Sollte also die Abrechnung dieses Kredits nicht erheblich unter 1.3 Mio. Franken abschliessen, müsste die heutige Präsidentin der PS doch eine sehr gute Begründung liefern, um glaubhaft zu bleiben. Die EVP-Vertreter werden der Vorlage zustimmen.*

Für die SVP-/EDU-Fraktion spricht Werner Hürlimann.

*Herr Präsident, geschätzte Anwesende*

*Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt den Rückweisungsantrag für die beiden Anträge im Zusammenhang mit dem Informatikkonzept und der Systemadministration.*

*Die Diskussion in der Kommission entstand vor allem wegen des Umfangs der Ausrüstung mit PCs. Das Konzept wurde noch von der vorherigen Behörde erarbeitet und erscheint uns als Cadillac. In der*

*Diskussion entstand zudem der Eindruck, dass auch eine preiswertere Lösung möglich wäre. Wir möchten den neuen Verantwortlichen die Möglichkeit geben, das ganze Konzept nochmals zu überarbeiten und eine neue Vorlage zu präsentieren. Dies hat nach unserer Meinung Auswirkung auf die Vorlage mit der Systemadministration. Daher weisen wir beide Vorlagen zurück.*

Nach diesen Voten nimmt Stadträtin Sabine Wettstein Stellung. Sie sei froh, dass hier eine Rückweisung diskutiert werde und nicht eine Ablehnung der beiden Vorlagen. Sie erklärt, weshalb es sich vorliegendenfalls nicht um eine Luxusvariante handle. Aktuell seien zum Beispiel nur vier PC's vorhanden, um auch einmal mailen zu können. Das Konzept der Vernetzung soll sicherstellen, dass auch administrative Sachen gewährleistet sind. Sie weist auf die dezentralen Kindergärten hin. Die Hauptkostenpunkte seien die Anschlüsse, nicht der PC an sich. Es sei nicht realistisch, dass der Hauswart im Lehrerzimmer den PC benutzt. Die Abschreibung werde über 6 Jahre getätigt, anders als in der Privatwirtschaft!

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung über den Rückweisungsantrag im Zusammenhang mit Antrag Nr. 27:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 28 : 1 Stimmen**

**den Antrag Nr. 27 (Kreditantrag im Betrag von Fr. 1'332'303 (inkl. MWSt.) für die Umsetzung des Benutzerkonzepts Informatik (Beschaffung von Hard- und Software sowie technischen Erweiterungen für die HPSU, Schulleitungen Fachlehrpersonen, TherapeutInnen, KindergärtnerInnen und Hauswarte) zurückzuweisen.**

**Abstimmung über den Rückweisungsantrag im Zusammenhang mit Antrag Nr. 28:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 26 : 2 Stimmen**

**den Antrag Nr. 28 (Stellenschaffung Systemadministration (150 %) an der Primarschule Uster zurückzuweisen.**

**7 Antrag des Stadtrates betreffend Stellenschaffung Systemadministration (150 %)  
an der PSU  
(Antrag Nr. 28)**

Das Geschäft wurde zusammen mit dem Geschäft Nr. 27, Kreditgenehmigung von CHF 1'332'303 (inkl. MWSt.) für ein Informatikkonzept in der Primarschule, behandelt und darüber abgestimmt.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 6. November 2006 statt.

Schluss der Sitzung 21.15 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin  
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident  
Harry Kohler

Datum Die Stimmzähler/innen:

Stefan Feldmann

Lennie Grob-Overdulve

Andres Kunz